WISSENSMANUFAKTUR

Warum eine Währungsreform unausweichlich ist... und was wir erwarten müssen...

Werden sich die Ersparnisse der Bürger wieder auflösen?

von Andreas Popp



Währungsreform, ein Reizwort, welches die Banker und Politiker verabscheuen, wie der Teufel das Weihwasser. An Begriffen wie *Inflation* oder *Deflation* haben sich viele Menschen schon gewöhnt, selbst die ungeliebte Vokabel *Rezession* musste wieder in den Sprachschatz eingeführt werden, nachdem nun auch "offiziell" die Kriterien für diesen Zustand erreicht wurden, obwohl jeder autark denkende Mensch eine rückläufige Wirtschaft längst realisiert hatte. Irgendwann tritt grundsätzlich ein Zustand ein, den selbst die manipulierten Statistiken der offiziellen Stellen nicht mehr kaschieren kann.

Gehen wir nur einige wenige Monate in unserer "freien und unabhängigen Medienlandschaft" zurück. Unser Bundesminister für Finanzen und der oberste Boss der Deutschen Bank erklärten, neben vielen anderen "kompetenten" Führern unserer geliebten freien Marktwirtschaft vollmundig zu besten Sendezeiten, dass eine Rezession in Europa nicht auftauchen wird, schließlich ist die USA weit weg und mit deren Krisen haben wir nicht wirklich etwas zu tun. Im Klartext heißt das: "Die Renten sind sicher und die Erde ist eine Scheibe!".

Die permanent stark ansteigende Leserschaft unserer Aufsätze ist längst in der Realität angekommen und glaubt diesen häufigen standardisierten Medienunsinn einfach nicht mehr und hinterfragt längst die Hintergründe dieser Informationen.

Uns geht es bei dieser Ausgabe darum, sie mit dem *Grundbegriff* und einer möglichen *Umsetzung* der nächsten "Währungsreform" bekannt zu machen. Natürlich lehnen nahezu alle Systemvertreter die Möglichkeit einer solchen Maßnahme pauschal ab, aber das kennen wir ja. Hinter verschlossenen Türen wird in den obersten Etagen des Machtsystems ein solcher Währungsschnitt vermutlich längst diskutiert.

In meinen Büchern habe ich unsere Geldordnung von vielen Seiten weit ausgeleuchtet, sodass die kommenden Zeilen für den kritischen Betrachter keine Schockwelle mehr auslösen werden.

Bei einer Währungsreform geht es grundsätzlich um einen sogenannten "Geldüberhang", ein "Nebelbegriff", der umschreiben soll, dass die verantwortlichen Notenbanker und ihre Staatsregierungen mehr Geld in den Umlauf brachten, als es "sachlich erlaubt" war. In Kriegszeiten oder der jetzigen Finanzkrise (die bekanntlich gerade erst angefangen hat!) druckt man einfach leistungsloses Geld, obwohl die Waren und Dienstleistungen der Realwirtschaft nicht gestiegen sind. Dieses Geld wirkt auf die Kaufkraft der Bürgerguthaben inflationär, aber das versteht sich ja von selbst, wenn man über ein bisschen monetären Sachverstand verfügt.

Wir werden oft gefragt, warum gerade jetzt die Preise für verschiedene Produkte (selbst für Benzin) fallen, obwohl diese gigantischen wertlosen Geldmengen in den Markt gepumpt werden. Die Ursache dafür ist schnell nicht unerheblicher Teil ein des Hyperinflationsgefahr diskutiert, muss man diese "Erwartungshaltung" halt durch Manipulationen verhindern, um das Restvertrauen dieser Menschen in unsere leidige Geldordnung aufrechtzuerhalten. Da letztlich die Eigentümer der großen Konzerne und des Bankensystems stark miteinander "verwoben" sind, einigt man sich vermutlich schnell auf gewisse "Maßnahmen", um die Bürger (wie immer) zu verwirren. Das viele neue Geld, welches zur Rettung der Gesamtordnung den "Plutokraten" auf Steuerzahlerkosten zur Verfügung gestellt wird, sollte ausreichen, um Teile davon zu verwenden, solche "Anti-Inflationsmaßnahmen" bewerkstelligen, aber real sind damit die Probleme auf keinen Fall gelöst.

Eine gigantische Größenordnung der neuen "Buchgelder" könnte jederzeit z.B. bei einem größeren Vertrauensverlust der Bürger *nachfrageaktiv* werden und eine Hyperinflation in Gang setzen, wie wir sie zuletzt Anfang der 1920er Jahre verzeichneten. Deshalb hören wir permanent diesen Begriff "Vertrauen" im Zusammenhang mit dem Bankensystem. Diese Doppelmoral wird den Menschen aber immer bewusster, weshalb diese ganze Finanzordnung aus meiner Sicht nur noch am seidenen Faden hängt, der jeden Moment abreißen könnte.

Gehen Sie einmal zu einer Geschäftsbank und bitten um einen Kredit. Kein Sachbearbeiter wird sich mit Ihnen auseinandersetzen (selbst wenn er es wollte), um sich ein Bild von Ihnen als Person zu machen, ob man Ihnen vertrauen kann, dass Sie den Kredit zurückzahlen könnten, nein es geht in erster Linie um materielle Sicherheiten, wie z.B. eine Immobilie, ein Auto, Patente oder Bürgschaften, die man sich bei Nichtzahlung einverleiben kann. So ist nun einmal das System, aber beim Volk erwartet man blindes Vertrauen in die Bankensysteme, obwohl genau viele dieser Institutionen eindrucksvoll bewiesen haben, dass man weder ihrer Kompetenz und schon gar nicht ihren "Sicherheiten" trauen kann.

Derweil beschäftigt man die Menschen halt systembedingt mit dem nackten Überleben im Rahmen unserer Bürokratie, die ich mittlerweile als "Administrations-Mobbing" bezeichnen möchte. Wir ersticken förmlich in Formularen, die wir zu bearbeiten haben, statt nur unserer Arbeit nachzugehen, die wir gern bewerkstelligen würden.

Die deutsche Automobilbranche nutzt diese ganze inszenierte Finanzkrise geschickt aus, um die Überkapazitäten abzubauen. Man hinterfragt nicht einmal, ob es Sinn macht, mehr Autos in kürzeren Zeiten noch billiger zu produzieren, obwohl auch heute schon die Halden voll stehen. Nahezu alle Automobilhersteller kaufen über "Pseudo-Tochterfirmen" ihre eigenen Autos auf und melden diese Fahrzeuge sogar für den Straßenverkehr an, nur damit die Zulassungsstatistiken stimmen. Diese Fahrzeuge stehen anschließend ohne montierte Kennzeichen auf den großen Betriebsparkplätzen. Zurzeit laufen in Deutschland stark medienwirksame Aktionen, indem z.B. Opel von der Bundesregierung (also vom Steuerzahler) Bürgschaften einfordert, um die vielen Arbeitsplätze zu erhalten.

Es geht also darum, die Halden der Neufahrzeuge zu vergrößern, obwohl sie aufgrund des *Verteilungsschlüssels* der Geldmenge eh keiner kaufen kann. Diese Opel-Maßnahmen sind zwar aus Sicht der Arbeitnehmer im ersten Impuls zu verstehen, aber sachlich völlig stumpf. Wenn Märkte gesättigt sind, müssen wir das akzeptieren und wenn wir ein System leben *sollen*, welches nur auf Wachstum basiert, muss eben dieses System *grundsätzlich* auf den Prüfstand. Da die Banken diese Zusammenhänge natürlich kennen, geben sie *ohne* Staatsbürgschaft logischerweise an Opel und vermutlich folgende anfragende Unternehmen keine Kredite mehr aus.

An diesen wenigen Gedankengängen können Sie, liebe Leserinnen und Leser deutlich erkennen, dass die Geißel der Finanzordnung eine Realwirtschaft, die ursprünglich einmal entwickelt wurde, um echte Bedürfnisse zu befriedigen, nur noch zerstörerisch wirkt. Was werden unsere studierenden Nachkommen in hundert Jahren wohl sagen, wenn sie im Geschichtsunterricht unsere heutige Zeit durchnehmen?

Wir zerstören unsere Natur im schlimmsten Ausmaße, um Dinge zu produzieren, die keiner mehr braucht. Das Ganze findet dann auch noch unter den verschiedenen Deckmänteln einer vermeintlich sinnvollen Moral statt, indem man z.B. Klimakatastrophen erfindet, anstatt die wirklichen massiven Probleme unserer Umwelt anzugehen. Gerade erklärte Herr Obama, dass die USA die Vorreiterrolle in Sachen "Klimaschutz" übernehmen will und stellt für diese neue "Branche" tausende Arbeitsplätze in Aussicht. Auch wenn ich mich oft wiederhole (aber das machen die Medien ja ebenfalls), es geht nicht um sinnvolle Arbeitsplätze, sondern eben nur um Jobs. Dabei hätten wir real so unglaublich viele "Baustellen" in Sachen Umwelt, die wir dringend angehen müssten, aber es geht halt immer um das Geldsystem, welches durch die Bürger mühsam finanziert werden soll.

So weit so schlecht. Wenden wir uns nun dem Phänomen Währungsreform zu, die zwangsläufig aufgrund dieser ganzen Zusammenhänge auf uns zu kommen wird, selbst wenn man mit weiteren inszenierten Kriegen diese Maßnahme noch verzögern kann, die nur den Verelendungsprozess auf unserer Welt weiter beschleunigen wird.

Ein ehemaliger Schulkollege von mir übergab unserer Wissensmanufaktur vor Kurzem ein paar interessante alte Originalunterlagen aus der Zeit der Währungsreform vom 21. Juni 1948. Was damals von Statten ging, möchte ich Ihnen kurz erläutern:

Ziel der Reform war es, den in der Kriegszeit entstandenen Geldüberhang zu beseitigen (wie ich bereits erläuterte) und die Reichsschuld (sprich die Staatsverschuldung) auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Um die Geldmenge zusammenzustreichen, wurden das Währungsgesetz, das Emissionsgesetz, das Umstellungsgesetz und das Festgeldkontengesetz geschaffen.

Mir ist an dieser Stelle wichtig zu klären, dass die Rechtsvorschriften zur Neuordnung des Geldwesens für die drei westlichen Besatzungszonen (dem damaligen Gebiet der sogenannten Bundesrepublik Deutschland) von der amerikanischen, der britischen sowie der französischen Militärregierung bestimmt wurden. Deutsche Organe hatten nur beschränkt Einfluss auf diese Maßnahmen.

Als neue Währungseinheit wurde die Deutsche Mark (DM) ins Leben gerufen.

Ich möchte mir erlauben, in diesem Zusammenhang auf mein Buch "Das Matrix-Syndrom" hinzuweisen, indem ich mich dezidierter mit den verfassungsrechtlichen Problemen der Bundesrepublik Deutschland befasste, auch wenn man von bestimmten Personen versuchte, mich nach Erscheinen dieser Arbeit in eine radikale Schublade zu verbannen, wo ich nun wirklich nicht hingehöre. Aber so ist es nun einmal. Nach meinem letzten Buch "Der Währungs-Countdown" diskutierten mich dieselben Leute in die entgegengesetzte radikale Ecke. Ein freies unabhängiges Denken ist offenbar nur beschränkt erlaubt. Nun gut.

Zurück zur Reform:

Am Stichtag, dem 21. Juni 1948 erhielten die privaten Bürger im Umtausch gegen Reichsmark unter Anrechnung die alte sowie Umwandlungsansprüche ein "Kopfgeld" von 40.- DM, zu dem wenig später weitere 20.-DM hinzukamen. Unternehmen konnten 60.- DM je Beschäftigten an Übergangshilfe umtauschen. Die Guthaben der öffentlichen Hand und der Geldinstitute erloschen, erhielten aber dafür Ausgleichsforderungen zugewiesen.

Den Inhabern privater Altgeldguthaben wurden für je 10.- Reichsmark 1.- DM gutgeschrieben, von denen aber nur die Hälfte zur Auszahlung kam, während die anderen 50% auf einem gesperrten Festgeldkonto landeten.

In einer "Nachreform" wurden diese Festgeldkonten *nochmals* um 70% gekürzt. Kurz: Für 10.- Reichsmark Sparguthaben bekamen die Bürger nach der Reform insgesamt nur noch 65 Pfennige der neuen Deutschen Mark. Das Umstellungsverhältnis war also 100 zu 6,5.

Das die Menschen bei diesem Vorgang zum Teil extrem viel Geld verloren, sollte damit nachgewiesen sein, aber erst wenn wir uns die "Umwertung" der *Altschulden* betrachten, wird es richtig deutlich.

Die "normalen" Reichsmarkverbindlichkeiten der Bürger wurden natürlich nicht 100 zu 6,5 umgewertet, sondern 100 zu 10. Damit wurden die Schulden in DM aufgewertet, während die Guthaben zusammenschmolzen. In voller Höhe jedoch (also 100 zu 100) wurden umgestellt:

- 1. Verbindlichkeiten wie Löhne, Gehälter, Miet- und Pachtzinsen sowie der Versorgung dienender Altenteile, Renten, Pensionen, die nach dem 20. Juni 1948 fällig wurden.
- 2. Verbindlichkeiten aus Kauf- und Werkverträgen, soweit die Sachlieferung erst nach dem 21. Juni 1948 erfolgte.
- 3. Auseinandersetzungsansprüche aus gesellschafts-, familien-, und erbrechtlichen Verhältnissen.
- 4. Forderungen gegen das Deutsche Reich, die NSDAP, die Reichsbahn und die Reichspost wurden nicht umgestellt. Dieses wurde im Kriegsfolgengesetz geregelt.

Bei diesem Aufsatz geht es uns vor allem darum, dass wir unsere Leserinnen und Leser sensibilisieren möchten, sehr kritisch zu hinterfragen, ob Festgelder, Sparkonten oder andere **Geld**anlagen die durch Garantien und Festzinsen eine hohe Sicherheit suggerieren sollen, im Fall der Fälle *tatsächlich* sicher sind. Zurzeit fühlen sich sehr viele Bürger besonders pfiffig, wenn sie ihr Vermögen in garantierte Anlagen parken, ohne zu hinterfragen, ob der Herausgeber dieser Produkte (z.B. der Staat oder Banken) nicht vielleicht schon pleite sind, selbst wenn sie es nicht zugeben. Spätestens die Insolvenz der Lehman Brothers sollte uns nachdenklich machen.

Was wir in diesem Aufsatz noch gar nicht berücksichtigt haben, ist das Lastenausgleichsgesetz, welches am 1. September 1952 in Kraft trat. Darin wurden alle Personen verpflichtet, die nach der Währungsreform noch über ein erhebliches Immobilienvermögen (auch Firmen und Fabrikanlagen) verfügten, im Rahmen des Gesetzes diese Sachgüter zu belasten. Berechnungsgrundlage für diese "Aktion" waren 50% der definierten Werte auf der Basis des Preisstandes vom 21. Juni 1948. Diese Summe wurde durch 30 Jahre geteilt und jede der betroffenen Personen musste vierteljährliche Raten an einen Ausgleichsfonds bezahlen, bis die 50% getilgt waren. Mit dem Geld wurden dann die sozial Schwachen (vor allem Kriegsopfer) finanziert, also im ersten Augenblick eine sinnvolle Maßnahme. Wenn man allerdings berücksichtigt, dass der zweite Weltkrieg (wie grundsätzlich alle Kriege dieser Erde) *initiiert* wurde, bei der die Umverteilung der Vermögen von Arm auf Reich vollzogen wurde, bekommt das Ganze einen grausamen Beigeschmack.

Im Krieg verdiente die Rüstungsindustrie, nach dem Krieg die "Wiederaufbauindustrie" und nun raten Sie einmal, welche Personen an diesen ganzen Aktivitäten am Meisten verdienten. Sie kommen bestimmt selbst drauf, denn durch die Kapitalkonzentrationen dieser Geldordnung befinden sich letztlich alle Unternehmen direkt oder indirekt im Eigentum derselben Konzerne und deren Inhaber. Dieser Zustand hat sich in den letzten Jahrzehnten noch verschärft. Sehen Sie sich bitte nur die Automobilzulieferer der großen Konzerne an, die doch nur am Tropf meist eines Auftraggebers hängen. Der selbstständige Mittelstand, der einmal die Säule unserer Wirtschaftsordnung darstellte, wurde längst generalstabsmäßig geschlachtet.

Wir sollten alle hoffen, dass man nicht wieder versucht, einen *neuen* Krieg aufzubauen, um die nicht gedeckte Geldmenge mit Rüstungsgütern zu unterfüttern, denn viele Indizien sprechen auch für dieses schreckliche Szenario. Südossetien, Georgien, aber auch die eigenartigen Spannungen zwischen Russland und USA oder sogar zwischen China und den USA machen mir Sorge. Wir sollten auch nicht den "inszenierten" Kampf gegen vermeintliche Terroristen mit Islamischem Hintergrund vergessen, den man seit geraumer Zeit propagiert. Vielleicht aber versucht man durch die "wichtigen Regierungschefs" dieser Welt nur wieder einmal, die Angst beim Volk zu schüren, da es durch diese Maßnahmen "gefügiger" wird, wenn man unpopuläre Entscheidungen fällen will, wie z.B. die Aushöhlung des Datenschutzes. Wir wissen es nicht.

Das Todschlagargument, die heutige Situation mit der Vergangenheit nicht vergleichen zu können, läuft ins Leere und wurde zu jeder Zeit "moralisch verwerflich" genutzt. Letztlich wiederholt sich alles nach demselben Muster, nur die Generationen wechseln.

Fassen wir zusammen:

Eine Währungsreform scheint aus unserer Sicht unausweichlich, auch wenn ich jetzt vor meinem geistigen Auge einige hochgezogene Augenbrauen der Systemvertreter sehe, die solche Äußerungen gern als "Verschwörungsblödsinn" oder ähnlich titulieren. Übrigens erfuhr ich diese diffamierenden Haltungen auch 2004, als ich in meinem Buch "Brot und Spiele" die heutige Bankenkrise recht dezidiert prognostizierte.

Wie aber kann sich der Einzelne nun auf diesen drohenden Vermögensverlust vorbereiten?

An dieser Stelle möchte ich noch einmal aus dem Gesetz über den Lastenausgleich aus dem Jahre 1949 zitieren, welches in §15 die Sparerschäden abhandelte:

1. Ein Sparerschaden ist die Minderung des Nennbetrags von Sparanlagen, die dadurch eingetreten ist, dass die Sparanlagen bei der Neuordnung des Geldwesens im Geltungsbereich des Grundgesetzes einschließlich Berlin (West) im Verhältnis 10 zu 1 oder in einem ungünstigeren Verhältnis auf Deutsche Mark umgestellt worden ist. (Bitte achten Sie auf die Feinheiten: "oder in einem ungünstigeren Verhältnis…", womit man natürlich auch die Aufwertung der Schulden meinte).

Sparanlagen im Sinne des Absatzes 1 sind:

- Spareinlagen, Postspareinlagen, Bausparguthaben
- Pfandbriefe, Rentenbriefe, Kommunal- und andere Schuldverschreibungen
- Schuldverschreibungen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs
- Ansprüche auf Vorzugsrente
- Industrie- und gleichartige Schuldverschreibungen
- Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen

(Nun haben Sie es schwarz auf weiß, welche Geldanlagen entwertet wurden)!

Uns geht es auf keinen Fall darum, die Berater anzugreifen, die vom Verkauf dieser Finanzanlagen leben müssen und ich bitte diese Personen um Nachsicht für diese klaren Worte und Dokumente. Bitte bedenken Sie, dass Ihre Kunden durch diese Produkte einen hohen Schaden erleiden könnten. Es gibt auch Möglichkeiten der Kapitalanlagen, die als maximal "crashsicher" einzuordnen sind. Fragen Sie uns gern danach, denn wir möchten ungern konkrete Produktlösungen in unsere *Aufsätze* integrieren, da wir so objektiv wie möglich arbeiten wollen.

Die Überprüfung der Sparverträge und Kapitalanlagen sollte von Ihnen dringend vorgenommen werden, das ist unser Rat. Verlassen Sie sich nur auf Ihr eigenes Empfinden, dann werden Sie das Richtige tun.

Falls Sie derzeit vorhaben, als Sicherung Ihres Vermögens in Immobilien zu investieren, möchten wir zu größter Vorsicht raten. Gerade in Europa könnten die Immobilienpreise sehr zeitnah zusammenbrechen, selbst wenn man uns permanent mitteilt, dass die Preise bereits "unten" wären. Natürlich spielt die Lage und die Ausstattung eine große Rolle. Echte Luxusimmobilien werden vermutlich weniger an Preis verlieren, ebenso die einfachsten Standardwohnungen. Die Preise der privaten Einfamilienhäuser des (noch) vorhandenen Mittelstandes könnten am meisten leiden. Grundstücke in rechtssicheren ausländischen Staaten halte ich für eine vernünftige Lösung. Wir favorisieren z.B. die Ostküste Kanadas, wie Ihnen bereits bekannt sein sollte durch unsere News.

Ein letzter Tipp dieses Aufsatzes:

Machen Sie möglichst keine Schulden! Eine Eigenkapitalquote von 60 bis 70 Prozent des Beleihungswertes halten wir für erforderlich. Bitte bedenken Sie immer, dass eine Reform des Geldes Ihre Schulden massiv aufwerten könnten.

Lassen Sie sich auf keinen Fall einreden, jetzt noch schnell mit *hohen* Schulden eine Immobilie zu kaufen, um dann von einer Währungsreform zu partizipieren. Das hat noch nie funktioniert.

Egal in welchem Land wir leben, es könnten Alle(!) von einem Währungsschnitt betroffen sein. Ein besonderer Gruß geht an dieser Stelle an meine Freunde in die Schweiz, deren Bürger offenbar ebenfalls immer mehr verinnerlichen, dass auch Ihr Land dem IWF "beigetreten wurde" und deshalb nicht mehr als so *autark* angesehen werden kann, wie es einmal war.

Wir sind globalisiert worden und sitzen alle im selben Boot. Denken Sie bitte daran.

Die USA ist komplett pleite und eine Währungsreform unausweichlich. Wir sollten in Erwägung ziehen, dass mit Hochdruck eine solche Maßnahme bearbeitet wird. Natürlich müssen sehr spezielle Gespräche im Vorfelde mit den Ländern geführt werden, die über große Dollarbestände verfügen, z.B. China, aber auch andere Länder.

Eines ist sicher: Bricht der Dollar zusammen, sind alle(!) Währungen dieser Welt davon betroffen.

Nicht umsonst stimmen die Regierungschefs ihre Völker zurzeit auf harte Zeiten ein, egal in welchem Land. Auch eine Nachfolgewährung des US-Dollars bedeutet massive Vermögensverluste für die Menschen und einen dramatischen Zusammenbruch der Altersrenten, auch der Privaten. Eine neue Währung namens "Amero" ist in vielen Insiderkreisen in aller Munde.

Diverse Länder diskutieren sehr konkret die "Plünderung" der Pensionskassen. In der Schweiz liest man immer häufiger in den Medien, dass die 2. Säule der Rentenversorgung "ausgenommen" werden sollte. Droht auch in dieser Alpenrepublik ein Staatsbankrott?

Es ist aus unserer Sicht gerade jetzt so wichtig wie nie, sein erspartes Vermögen zu sichern.

Fragen Sie uns gern nach entsprechenden Sicherungs-Möglichkeiten.

Ihr

Andreas Popp, November 2008